

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

9. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 16. Juli 1956	Nummer 78
-------------	---	-----------

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Landesregierung.

B. Ministerpräsident — Staatskanzlei —.

C. Innenminister.

C. Innenminister. D. Finanzminister

Gem. RdErl. 6. 7. 1956, Richtlinien zur Ausführung des Gesetzes über die Inanspruchnahme von Gegenständen für Zwecke der ausländischen Streitkräfte und ihrer Mitglieder vom 3. Juli 1956 (BGBl. I S. 639). S. 1609.

D. Finanzminister.

Erl. 11. 7. 1956, Ortsklassenverzeichnis. S. 1611.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr.

F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

G. Arbeits- und Sozialminister.

H. Kultusminister.

J. Minister für Wiederaufbau.

K. Justizminister.

C. Innenminister

D. Finanzminister

Richtlinien

zur Ausführung des Gesetzes über die Inanspruchnahme von Gegenständen für Zwecke der ausländischen Streitkräfte und ihrer Mitglieder vom 3. Juli 1956 (BGBl. I S. 639)

Gem. RdErl. d. Innenministers — I E 2/20—89.02 — u. d. Finanzministers VL 4005—4301/56/III E 1 v. 6. 7. 1956

I. Aufhebung der Inanspruchnahme

1. Die Pflicht zur völligen Aufhebung der Inanspruchnahme umschließt die Pflicht, die Inanspruchnahme nur für einen Teil aufzuheben, wenn die Voraussetzungen für die Fortdauer insoweit nicht mehr fortbestehen und eine Teilung unter Abwägung der Interessen den Beteiligten zumutbar erscheint.
2. § 2 Abs. 1 Satz 1 des Fortgeltungsgesetzes macht die Entscheidung über die Aufhebung der Inanspruchnahme davon abhängig, ob
 - a) der Gegenstand für Zwecke der ausländischen Streitkräfte und ihrer Mitglieder noch benötigt wird
oder
 - b) ausreichender Ersatz zur Verfügung steht
oder
 - c) sonst der Bedarf in angemessener Weise auf rechtsgeschäftlicher Grundlage gedeckt werden kann.

Sofern es sich hiernach um den fortbestehenden Bedarf, den ausreichenden Ersatz oder die anderweitige angemessene Deckung handelt, geht es um die Beurteilung von Fragen, die nur in engem Zusammenwirken mit den Behörden der Streitkräfte beantwortet werden können. Es empfiehlt sich daher, unverzüglich alle eingegangenen Aufhebungsanträge mit den zuständigen Behörden der Streitkräfte, d. h. den örtlich zuständigen Verbindungs-offizieren, unter diesen Gesichtspunkten zu erörtern; dieses Verfahren trägt auch den Grundsätzen der Art. 38 (5) und 48 (2) des Truppenvertrages Rechnung. Mit Rücksicht auf die für die deutschen Behörden schwierig zu beurteilenden Tatbestandsmerkmale dürfte es sich empfehlen, den Regie-

rungspräsidenten um Vermittlung zu bitten, falls Einvernehmen in den Vorverhandlungen nicht erzielt werden kann.

3. Der Eigentümer oder der Nutzungsberechtigte, der einen Aufhebungsantrag gestellt hat, ist über die Verhandlungen und ihr Ergebnis auf dem laufenden zu halten. Es empfiehlt sich, ihm Gelegenheit zu geben, im Rahmen dieser Verhandlungen seinen Standpunkt persönlich vorzutragen. Wird der Antrag abgelehnt, so ist dem Bescheid eine Rechtsmittelbelehrung unter Berücksichtigung des § 2 der Verordnung vom 4. Juli 1956 (GV. NW. S. 179) beizufügen.
 4. Erhebt der Antragsteller nach Abweisung der Beschwerde Klage im Verwaltungsstreitverfahren, so ist die Klageschrift von der beklagten Behörde der zuständigen Behörde der Streitkräfte zuzuleiten, damit diese in der Lage ist, in entsprechender Anwendung des Art. 8 Ziff. 11 ff. des Finanzvertrages v. 26. Mai 1952 (BGBl. 1954 II S. 135, BGBl. 1955 II S. 381) an dem Prozeß teilzunehmen.
 5. Dem Eigentümer einer Liegenschaft stehen nur solche Mieter und sonstige zum Gebrauch der Wohnung Berechtigte gleich, deren Nutzungsrecht auf vertraglichen Vereinbarungen beruht, die vor der Inanspruchnahme durch die Streitkräfte abgeschlossen worden sind.
- #### II. Deckung des Bedarfs auf rechtsgeschäftlicher Grundlage
6. Wird der Gegenstand für Zwecke der ausländischen Streitkräfte und ihrer Mitglieder noch benötigt, oder steht ausreichender Ersatz in nächster Zeit nicht zur Verfügung, so ist zu versuchen, den Bedarf auf rechtsgeschäftlicher Grundlage zu decken. Insbesondere werden rechtsgeschäftliche Vereinbarungen dann zweckmäßig sein, wenn der Gegenstand nur noch teilweise benötigt wird. In diesen Vereinbarungen sollen die Rechte und Pflichten der Vertragspartner möglichst genau festgelegt werden.
 7. Die Aufhebungsbehörden schließen diese Rechtsgeschäfte im Namen des Landes ab. Sie ermitteln die Grundlagen für das Rechtsgeschäft in Verhandlungen mit den Eigentümern oder Nutzungsberechtigten, mit den Behörden der Streitkräfte und den Ämtern für Verteidigungslasten. Die Wirksamkeit

des Vertrages ist davon abhängig zu machen, daß die Streitkräfte sich bereiterklären, die Verpflichtungen aus dem Verträge den deutschen Behörden gegenüber zu übernehmen.

III. Nutzungsvergütung

8. Die Bestimmungen über die Nutzungsvergütung in § 3 des Gesetzes haben nur vorübergehende Bedeutung, da die endgültige Regelung der Nutzungsvergütung — für die Zeit vom 5. 5. 1955 ab — im Bundesleistungsgesetz erfolgen wird. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ist in einigen Wochen zu rechnen.

Die Höhe der nach den §§ 14—16 u. 18 des Flüchtlingsnotleistungsgesetzes zu gewährenden Nutzungsvergütungen ist nach den gemeinsamen Richtlinien des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und des Bundesministers der Finanzen v. 14. 8. 1954 (GMBL. S. 441) zu errechnen.

Diese Richtlinien enthalten keine Einzelbestimmungen über die Nutzungsvergütung für Wohnungen, da die Inanspruchnahme von Wohnungen nach dem Flüchtlingsnotleistungsgesetz unzulässig war. Insofern sind in Kürze Richtlinien des Bundes zu erwarten.

9. Im übrigen ist bis zur Umrechnung der Nutzungsvergütung nach den Vorschriften des Flüchtlingsnotleistungsgesetzes die bisherige Entschädigung weiter zu entrichten. Sollte sich auf Grund der Umrechnung ein geringerer Betrag ergeben als er bisher gezahlt worden ist, verbleibt es bei der bisherigen Nutzungsvergütung.

An die Regierungspräsidenten, Landkreise und kreisfreien Städte.

— MBl. NW. 1956 S. 1609.

D. Finanzminister

Ortsklassenverzeichnis

Erl. d. Finanzministers v. 11. 7. 1956 —
B 2122 — 4121/IV/56

Das Ortsklassenverzeichnis für die Bundesbeamten ist durch die in der Anlage abgedruckte Verordnung vom 22. Juni 1956 (BGBl. II S. 743) geändert worden. Da nach § 11 des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 9. Juni 1954 (GV. NW. S. 162) für die Festsetzung des Wohnungsgeldzuschusses das Ortsklassenverzeichnis in der jeweils für die Bundesbeamten geltenden Fassung maßgebend ist, gilt die vorbezeichnete Verordnung zur Änderung des Ortsklassenverzeichnisses auch für die Festsetzung des Wohnungsgeldzuschusses nach dem Landesbesoldungsgesetz. Der sich aus der Änderung des Ortsklassenverzeichnisses ergebende höhere Wohnungsgeldzuschuß ist mit Wirkung vom 1. Juli 1956 zu zahlen.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

An alle Landesbehörden, Gemeinden und Gemeindeverbände, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Anlage

Zweite Verordnung zur Änderung des Ortsklassenverzeichnisses

Auf Grund des § 12 Abs. 3 des Besoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 349) in der Fassung des Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts vom 27. März 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 81) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

In dem durch die Verordnung vom 23. Oktober 1924 (Reichsbesoldungsblatt S. 289) festgelegten Ortsklassenverzeichnis in der zur Zeit geltenden Fassung werden die folgenden Orte aus den bisherigen Stufen mit Wirkung vom 1. Juli 1956 in die nachstehend aufgeführten Stufen eingereiht:

Gemeinde	aus Ortsklassenstufe von bisher: nach neu:	

A. Baden-Württemberg:

Bad Mergentheim	B	A
Kehl	B	A
Korntal, Kreis Leonberg	B	A
Neckargemünd, Kreis Heidelberg	B	A
Bad Dürkheim, Kreis Villingen	C	B
Dossenheim, Kreis Heidelberg	C	B
Ebersbach a. d. Fils, Kreis Göppingen	C	B
Edingen, Kreis Mannheim	C	B
Eppelheim, Kreis Heidelberg	C	B
Faundau, Kreis Göppingen	C	B
Immenstaad a. Bodensee, Kreis Überlingen	C	B
Königsbronn, Kreis Heidenheim	C	B
Merzhausen Kreis Freiburg	C	B
Musberg, Kreis Böblingen	C	B
Nußdorf, Kreis Überlingen	C	B
Salach, Kreis Göppingen	C	B
Uhingen, Kreis Göppingen	C	B

B. Bayern:

Bad Tölz	B	A
Kochel, Kreis Bad Tölz	B	A
Aichach	C	B
Benediktbeuren, Kreis Bad Tölz	C	B
Brannenburg, Kreis Rosenheim	C	B
Burghausen, Kreis Altötting	C	B
Gröbenzell, Kreis Fürstenfeldbruck	C	B
Lenggries, Kreis Bad Tölz	C	B
Lohr a. Main	C	B
Olching, Kreis Fürstenfeldbruck	C	B

C. Hessen:

Bad Soden b. Salmünster, Kreis Schlüchtern	C	B
Camberg (Nassau), Kreis Limburg	C	B
Hess. Lichtenau, Kreis Witzenhausen	C	B
Ihringshausen, Kreis Kassel	C	B
Jugenheim a. d. Bergstraße, Kreis Darmstadt	C	B
Marbach, Kreis Marburg	C	B
Petersberg, Kreis Fulda	C	B
Seeheim, Kreis Darmstadt	C	B
Schlangenbad, Untertaunuskreis	C	B
Traisa, Kreis Darmstadt	C	B
Walldorf, Kreis Groß-Gerau	C	B

D. Niedersachsen:

Bad Harzburg, Kreis Wolfenbüttel	B	A
Bad Gandersheim	C	B
Bad Salzdetfurth, Kreis Hildesheim-Marienburg	C	B
Bad Zwischenahn, Kreis Ammerland außer den Bauerschaften Aschhausen, Bloh, Dänikhorst, Ekern, Elmendorf, Helle, Kayhausen, Kayhauserfeld, Ofen, Ohrwege, Petersfehn I und II, Rostrup I und II, Specken, Wehnen und Westerholtsfelde	C	B
Fallersleben, Kreis Gifhorn	C	B
Himmelsthür, Kreis Hildesheim-Marienburg	C	B

Gemeinde	aus Ortsklassenstufe von bisher: nach neu:	
Neuenkirchen, Kreis Osterholz	C	B
Rastede, Kreis Ammerland außer den Bauerschaften Barghorn, Bekhausen, Delfshausen, Hahn, Ipwege, Ipwegermoor, Lehmden, Lehmdermoor, Loy, Nethen, Neu- südende I und II, Rasteder-Heubült, Wahnbeke und Wapeldorf sowie die Ortschaften Leuchtenburg, An der Südbäke, Hankhausermoor	C	B
Wittlage	C	B
E. Nordrhein-Westfalen:		
Bad Godesberg, Kreis Bonn-Land	A	S
Büderich, Kreis Grevenbroich	A	S
Krefeld	A	S
Lövenich, Kreis Köln-Land	A	S
Mülheim/Ruhr	A	S
Oberhausen	A	S
Alsdorf, Kreis Aachen-Land	B	A
Angermund, Kreis Düsseldorf- Mettmann	B	A
Bad Driburg, Kreis Höxter	B	A
Datteln, Kreis Recklinghausen	B	A
Dormagen, Kreis Grevenbroich	B	A
Frechen, Kreis Köln-Land	B	A
Herdecke, Ennepe-Ruhr-Kreis	B	A
Hohenlimburg, Kreis Iserlohn	B	A
Hürth, Kreis Köln-Land	B	A
Iserlohn	B	A
Ippendorf, Kreis Bonn-Land	B	A
Kamen, Kreis Unna	B	A
Laurenberg, Kreis Aachen-Land	B	A
Lippstadt	B	A
Menden, Kreis Iserlohn	B	A
Neheim-Hüsten, Kreis Arnsberg	B	A
Oberaden, Kreis Unna	B	A
Opladen, Kreis Rhein-Wupper	B	A
Oelde, Kreis Beckum	B	A
Radevormwald, Kreis Rhein-Wupper	B	A
Rheda, Kreis Wiedenbrück	B	A
Rheinberg (Rheinland), Kreis Moers	B	A
Voerde (Niederrhein), Kreis Dinslaken	B	A
Westerholt, Kreis Recklinghausen	B	A
Wetter (Ruhr), Ennepe-Ruhr-Kreis	B	A
Wiedenbrück	B	A
Ahaus	C	B
Angelmodde Kreis Münster-Land	C	B
Belecke, Kreis Arnsberg	C	B
Elverdissen, Kreis Herford	C	B
Engelskirchen, Rheinisch-Bergischer- Kreis	C	B
Ennigerloh, Kreis Beckum	C	B
Fredeburg Kreis Meschede	C	B
Freienohl, Kreis Arnsberg	C	B
Frimmersdorf, Kreis Grevenbroich	C	B

Gemeinde	aus Ortsklassenstufe von bisher: nach neu:	
Großdornberg, Kreis Bielefeld	C	B
Gustorf, Kreis Grevenbroich	C	B
Handorf, Kreis Münster-Land	C	B
Heiligenkirchen, Kreis Detmold	C	B
Hoberg-Uerentrup, Kreis Bielefeld	C	B
Marienhöhe, Oerbergischer Kreis	C	B
Münstereifel, Kreis Euskirchen	C	B
Neuhaus, Kreis Paderborn	C	B
Neurath, Kreis Grevenbroich	C	B
Niedernetphen, Kreis Siegen	C	B
Oberbruch, Kreis Geilenkirchen- Heinsberg	C	B
Odenthal, Rheinisch-Bergischer-Kreis	C	B
Quelle, Kreis Bielefeld	C	B
Salzkotten, Kreis Büren	C	B
Siegburg-Mülldorf, Siegkreis	C	B
Schmallenberg, Kreis Meschede	C	B
Tecklenburg	C	B
Telgte, Kreis Münster-Land	C	B
Vreden, Kreis Ahaus	C	B
Warstein, Kreis Arnsberg	C	B
Wegberg, Kreis Erkelenz	C	B
Wickede, Kreis Soest	C	B
Zons, Kreis Grevenbroich	C	B

F. Rheinland-Pfalz:

Andernach, Kreis Mayen	B	A
Bad Dürkheim, Kreis Neustadt a. d. Weinstraße	B	A
Zweibrücken	B	A
Bad Salzig, Kreis Sankt Goar	C	B

G. Schleswig-Holstein:

Kiel	A	S
Bad Bramstedt, Kreis Segeberg	C	B
Grömitz, Kreis Oldenburg Holstein	C	B
Heiligenhafen, Kreis Oldenburg Holstein	C	B
Meldorf, Kreis Süderdithmarschen	C	B
Russee, Kreis Rendsburg	C	B
Wittddün, Kreis Südtondern	C	B

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 12 des Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1956 in Kraft.

Bonn, den 22. Juni 1956.

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

— MBl. NW. 1956 S. 1611.

Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf.
(Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 4,50 DM, Ausgabe B 5,40 DM.

